



Geschichte – Von 1945 bis 1989

Nach dem II. Weltkrieg wurden gemäß der Entscheidung der Alliierten alle Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie Polen zugeteilt. Die verbliebene deutsche Bevölkerung sollte hingegen beseitigt werden. Einem Teil der Menschen gelang es vor der Front zu fliehen, viele Deutsche wurden jedoch noch vor der Konferenz in Potsdam vertrieben.

Zwischen 1944 und 1950 wurden ungefähr 8,5 Millionen Deutsche gezwungen die östlichen Gebiete, die ursprünglich zu Deutschland gehörten zu verlassen. Auf diesen Gebieten wurden hauptsächlich Vertriebene aus den östlichen Woiwodschaften der II. Republik Polen, die man an die UdSSR anschloss angesiedelt. Das neue kommunistische Regime begann in dieser Zeit die breit angelegte Politik der „Entdeutschung“ durchzuführen. Deren Ziel war nicht nur die Vertreibung der Deutschen bzw. die Polonisation der Hinterbliebenen aber auch das Vertuschen jeglicher deutscher Vergangenheit dieser Gebiete (Zerstörung der Denkmäler, Inschriften, der Kulturgüter, Polonisation der Familiennamen, Verbot des deutschen Schulwesens usw.). Die restlichen Deutschen, die ihr Hab und Gut in den östlichen Gebieten nicht verlassen wollten mussten sich als polnische Staatsbürger „verifizieren lassen“ und das Dasein als Deutscher im Verborgenen erleben.

In den ersten Nachkriegsjahren wurde die deutsche Bevölkerung, die über keinerlei Rechte verfügte oft in die UdSSR deportiert, in polnischen Arbeitslagern untergebracht und ihre Güter wurden von der Regierung in Anspruch genommen. Oft herrschte in manchen Gebieten ein vollkommenes Verbot der Nutzung der deutschen Sprache, sogar in privaten Kontakten. In Oberschlesien hingegen war der schulische Unterricht der deutschen Sprache noch bis 1989 verboten. Jeglicher Verdacht, dass man deutscher Abstammung war, war mit privaten und beruflichen Unannehmlichkeiten verbunden. Die einzige Ausnahme war Niederschlesien (z. B. Waldenburg oder Breslau) und ein Teil Pommerns. Hier konnten sich die Deutschen über deutschsprachige Schulen, Kultur- und Medieneinrichtungen und offiziell registrierte Organisationen erfreuen. Die Begründung der kommunistischen Regierung für diese Entscheidung war es - die Deutschen sollten helfen die polnische Wirtschaft vor Ort mitaufzubauen. Infolge der immer noch andauernden Deportationen wirkten diese Institutionen jedoch nur bis zum Ende der 50-er Jahre. Nur die Organisation der deutschen Minderheit in Breslau wirkte ununterbrochen bis zur Wende. Nach der offiziellen Stellungnahme der Regierung der Volksrepublik Polen gab es im Land außer der oben genannten, kleinen Gruppe in Breslau keine Menschen deutscher Abstammung, deswegen wurden auch keine Studien zu dieser Materie in Auftrag gegeben oder zugelassen. Zusätzlich war über die ganze Zeit des Andauerns der VRP eine breite Emigration in beide deutsche Länder der Fall. Man schätzt, dass bis zu der größten Emigrationswelle in den 60-er und 70-er Jahren es noch 700.000 Deutsche allein in Oberschlesien gab.